

Optimale Vermögensübertragung

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Bearbeitet von
Von: Anton-Rudolf Götzemberger, Steuerberater

5. Auflage 2017. Buch. 638 S. Online-Version inklusive. Hardcover
ISBN 978 3 482 51395 4

[Steuern > Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer, Spendenrecht, Gemeinnützigkeitsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	31

Teil I: WIE DER FISKUS VON ERBVERMÖGEN SOWIE VON ERBFÄLLEN UND SCHENKUNGEN KENNTNIS ERLANGT

	Rdn.	
1 Allgemeines	1	35
2 Auskunft- und Anzeigepflichten der Kreditinstitute	2	36
2.1 In Todesfällen	2	36
2.2 In Schenkungsfällen	7	38
2.3 Exkurs: Vorsicht vor Verträgen zu Gunsten Dritter mit der Bank, die nur die Abwicklung der Kontoguthaben im Todesfall erleichtern sollen	9	39
3 Anzeigepflichten der Versicherungen bei der Auszahlung von Lebensversicherungen	10	40
4 Anzeigepflichten der Gerichte, Notare und die Totenlisten der Standesämter	12	41
5 Interne Kontrollmitteilungen der Bewertungs- und Erbschaftsteuerstellen	14	42
5.1 Länderübergreifende Zusammenarbeit der Bewertungs- und Erbschaftsteuerstellen	14	42
5.2 Kontrollmitteilungen der Erbschaftsteuerstellen an Wohnsitzfinanzämter	16	43
6 Kenntniserlangung von ausländischem Erbvermögen	17	44
7 Informationsaustausch über Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Staaten mit Meldepflichten für Banken	20	46
8 Die Informationszentrale Ausland als Hilfsorgan zur Ermittlung von Fällen der beschränkten und erweiterten beschränkten Erbschaftsteuerpflicht	25	48
		9

	Rdn.	Seite
9 Kennntnisnahme von Erb- und Schenkungsfällen durch Mitwirkung des Steuerpflichtigen	26	49
9.1 Erwerbsanzeigespflicht	26	49
9.2 Meldefreie Gelegenheitsgeschenke	30	50
10 Verjährung der Erbschaft- und Schenkungsteueransprüche	31	51

Teil II: WIE DER FISKUS ERBVERMÖGEN ERFASST UND STEUERLICH BEWERTET

1 Bewertungsgegenstände	54	56
1.1 Das Wirtschaftsgut und die wirtschaftliche Einheit	54	56
1.2 Die Vermögensarten	60	58
1.2.1 Überblick	60	58
1.2.2 Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	62	59
1.2.3 Grundvermögen	65	59
1.2.3.1 Begriff	65	59
1.2.3.2 Abgrenzung des Grundvermögens vom land- und forstwirtschaftlichen Vermögen und Betriebsvermögen	69	61
1.2.3.3 Das Grundstück als Bewertungsgegenstand des Grundvermögens	71	62
1.2.4 Betriebsvermögen	77	64
2 Bewertungszeitpunkt	80	65
3 Bewertungsmaßstäbe und Bewertungsmethoden	88	68
3.1 Der gemeine Wert und seine Unterarten	88	68
3.2 Die Bewertung von Wertpapieren und Anteilen an Kapitalgesellschaften	91	69
3.2.1 Börsennotierte Wertpapiere aller Art	91	69
3.2.2 Anteile an börsennotierten und nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften	93	70
3.2.2.1 Übersicht	93	70
3.2.2.2 Anteile an börsennotierten Kapitalgesellschaften	94	70
3.2.2.3 Anteile an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften	95	70
3.2.3 Sonstige Wertpapiere und besondere Bewertungsfragen bei Wertpapierdepots	97	71
3.2.4 Zusammenfassende Übersicht	98	72

	Rdn.	Seite
3.3 Bewertung von Kapitalforderungen und Schulden	99	73
3.3.1 Allgemeines	99	73
3.3.2 Zinslose und niedrig verzinsten Darlehen	100	74
3.3.3 Versicherungsansprüche	107	77
3.3.4 Einlagen eines atypisch und typisch stillen Gesellschafters	112	78
3.4 Bewertung von Renten-, Leistungs- und Nutzungsrechten	115	79
3.4.1 Allgemeines	115	79
3.4.2 Berechnung des Jahreswerts	118	81
3.4.3 Zeitrenten und befristete Nutzungen und Leistungen	124	84
3.4.4 Leibrenten und lebenslängliche Nutzungen und Leistungen	129	85
4 Bewertung von Betriebsvermögen für die Erbschaft- und Schenkungsteuer	133	89
4.1 Allgemeines	133	89
4.2 Bewertungsverfahren im Überblick	134	89
4.3 Die wirtschaftliche Einheit (Bewertungseinheit) beim Betriebsvermögen	135	91
4.4 Die Bewertung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	142	93
4.4.1 Allgemeines	142	93
4.4.2 Eigene Anteile	146	95
4.4.3 Paketz- und -abschlag	147	96
4.5 Die Bewertung der Gewerbebetriebe (Personengesellschaften und Wirtschaftsgüter freiberuflich Tätiger)	152	97
4.5.1 Ertragswert und Hierarchie der Bewertungsverfahren	152	97
4.5.2 Das vereinfachte Ertragswertverfahren (§ 199 BewG)	160	101
4.5.2.1 Allgemeines	161	101
4.5.2.2 Das vereinfachte Ertragswertverfahren im Detail	165	104
4.5.2.2.1 Schematische Übersicht der Verfahrensschritte	165	104
4.5.2.2.2 Ertragswert des betriebsnotwendigen Vermögens	166	104
		11

	Rdn.	Seite
4.5.2.2.3	Nettowert des nicht betriebsnotwendigen Vermögens	181 110
4.5.2.2.4	Beteiligungen an anderen Gesellschaften	185 111
4.5.2.2.5	Nettowert des jungen Betriebsvermögens	187 112
4.6	Der Substanzwert oder Liquidationswert als Mindestwert	189 113
4.6.1	Allgemeines	189 113
4.6.2	Substanzwert bei Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	191 114
4.6.3	Substanzwert bei Übertragung von sonstigem Betriebsvermögen	193 115
4.6.4	Zusammenfassende Übersicht	194 117
4.7	Anteilswertermittlung und Aufteilung des gemeinen Wertes des Betriebsvermögens bei Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung	195 117
4.8	Anteilswertermittlung und Aufteilung des gemeinen Wertes des Betriebsvermögens unter Mitgesellschaftern bei Personengesellschaften	199 119
4.9	Schuldenabzug in wirtschaftlichem Zusammenhang mit Anteilen an Personen- oder Kapitalgesellschaften	201 121
4.10	Ausländisches Betriebsvermögen	205 122
4.11	Zusammenfassende Übersicht	207 123
5	Bewertung von Grundbesitz für die Erbschaft- und Schenkungsteuer	208 123
5.1	Allgemeines	208 123
5.2	Unbebaute Grundstücke	211 124
5.3	Bebaute Grundstücke	218 127
5.3.1	Allgemeines	218 127
5.3.2	Grundstücksarten	219 127
5.3.3	Bewertung und Bewertungsverfahren	227 129
5.3.3.1	Übersicht (R B 182 ErbStR 2011)	227 129
5.3.3.2	Vergleichswertverfahren	228 130
5.3.3.3	Ertragswertverfahren	232 132
5.3.3.4	Sachwertverfahren	245 138
5.4	Grundstücke mit im Bau befindlichen Gebäuden	265 145
5.5	Grundstücke im Erbbaurecht	270 148
5.5.1	Allgemeines	270 148
5.5.2	Wertermittlungsmethoden und Verfahrensschritte	271 149

		Rdn.	Seite
5.5.3	Bewertung des Erbbaurechts	272	150
5.5.4	Bewertung des Erbbaugrundstücks	278	155
5.5.5	Sonderfälle	286	159
5.6	Gebäude auf fremdem Grund und Boden	288	161
5.7	Tabellarische Zusammenfassung	291	163
5.8	Nachweis eines niedrigeren Verkehrswerts	292	164
5.8.1	Allgemeines	292	164
5.8.2	Unbebaute Grundstücke	298	166
5.8.3	Bebaute Grundstücke	303	169
5.8.4	Grundstücke im Erbbaurecht	313	173
5.8.5	Unentgeltliche Nutzungsrechte	314	173

Teil III: WIE DER FISKUS ERBSCHAFTEN UND SCHENKUNGEN BESTEUERT

1	Die persönliche Steuerpflicht	332	175
1.1	Allgemeines	332	175
1.2	Unbeschränkte Steuerpflicht natürlicher und juristischer Personen	333	176
1.2.1	Natürliche Personen	333	176
1.2.1.1	Persönliche Voraussetzungen	333	176
1.2.1.2	Zeitpunkte der Prüfung der unbeschränkten Steuerpflicht	340	179
1.2.2	Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen	345	180
1.3	Beschränkte Steuerpflicht	349	181
2	Überblick über die steuerpflichtigen Erwerbsvorgänge	351	182
3	Die steuerpflichtigen Erwerbsvorgänge im Einzelnen	364	186
3.1	Erwerbe von Todes wegen	364	186
3.1.1	Allgemeines	364	186
3.1.2	Der Erwerb durch Erbanfall	369	188
3.1.3	Vermächtnisse und vermächtnisgleiche Erwerbe	383	192
3.1.4	Pflichtteils-, Pflichtteilsergänzungs- und Erbersatzansprüche	394	196
3.1.4.1	Allgemeines	394	196

	Rdn.	Seite
3.1.4.2	Abschmelzung der Pflichtteilsergänzungsansprüche bei Schenkungen	396 196
3.1.4.3	Steuerliche Bewertung	400 197
3.1.4.4	Besonderheiten bei noch nicht vollständig abgeschlossenen Grundstückskaufverträgen	403 199
3.1.4.5	Exkurs zum zivilrechtlichen Pflichtteilsrecht	406 201
3.1.4.5.1	Warum „böse“ Kinder trotz Strafklausel mehr vom Nachlassvermögen erhalten, wenn sie den Pflichtteil fordern	406 201
3.1.4.5.2	Ein Nießbrauchsvorbehalt hemmt die Verjährung von Pflichtteilsergänzungsansprüchen	412 204
3.1.5	Schenkungen auf den Todesfall	413 206
3.1.5.1	Allgemeines	413 206
3.1.5.2	Fiktive Schenkungen auf den Todesfall bei der Gesellschafternachfolge	414 207
3.1.6	Vermögensvorteile durch vom Erblasser geschlossene Verträge	416 209
3.1.7	Ergänzungs- und Ersatztatbestände des Erwerbs von Todes wegen	418 210
3.1.7.1	Erwerb durch Erfüllung von Auflagen und Bedingungen	418 210
3.1.7.2	Ausschlagungen gegen Abfindung sowie Zahlungen für die Anerkennung einer Erbenstellung	420 211
3.2	Schenkungen unter Lebenden	426 213
3.2.1	Allgemeines	426 213
3.2.2	Die freigebige Zuwendung als steuerpflichtige Schenkung	438 216
3.2.3	Formen der Schenkung	450 220
3.2.3.1	Schenkungen ohne Auflage oder Gegenleistung	451 220
3.2.3.2	Gemischte Schenkungen und Auflagenschenkungen	452 220
3.2.4	Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs (Bereicherung) bei Schenkungen	454 222
3.2.4.1	Schenkungen ohne Auflage oder Gegenleistung	454 222

		Rdn.	Seite
3.2.4.2	Gemischte Schenkung und Auflagenschenkungen	455	222
3.2.4.3	Mischfälle	458	225
3.2.4.4	Abzug einer Nutzungs- oder Duldungsaufgabe bereits beim Grundbesitzwert	459	225
3.2.4.5	Gemischte Schenkung von ganz oder teilweise steuerbefreiten Gegenständen	460	226
3.2.4.6	Abzugs(Saldierungs-)verbot für „eigennützige“ Auflagen (§ 10 Abs. 9 ErbStG)	461	227
3.3	Besonderheiten bei der Vor- und Nacherbschaft	462	228
3.3.1	Begriff	462	228
3.3.2	Steuerrechtliche Behandlung	465	229
3.3.3	Antritt der Nacherbfolge mit dem Tod des Vorerben	468	230
3.3.4	Antritt der Nacherbfolge zu Lebzeiten des Vorerben (Eintritt eines bestimmten Ereignisses)	473	232
3.3.5	Freiwillige Herausgabe der Vorerbschaft zu Lebzeiten des Vorerben	476	235
3.4	Besonderheiten bei Zuwendungen unter Ehegatten und Lebenspartnern i. S. des Lebenspartnerschaftsgesetzes	478	235
3.4.1	Grundzüge des gesetzlichen Erbrechts des Ehegatten und des Lebenspartners	478	235
3.4.2	Der steuerfreie Zugewinnausgleich	481	237
3.4.3	Zugewinnngemeinschaft im Vergleich zur Gütertrennung	490	242
3.4.4	Rückwirkende Vereinbarung der Zugewinnngemeinschaft	493	244
3.4.5	Der Übergang von der Zugewinnngemeinschaft zur Gütergemeinschaft	495	245
3.4.6	Wenn der überlebende Ehegatte (Lebenspartner) die Erbschaft ausschlägt	499	247
3.4.7	Unbenannte (ehebezogene) Zuwendungen	501	249
3.4.8	Begründung von Gemeinschaftskonten (Oder-Konten) als freigebige schenkungsteuerpflichtige Zuwendung	505	250

	Rdn.	Seite
3.4.9	Missbräuchliche Vermögensverlagerungen auf Grund güterrechtlicher Vereinbarungen	508 252
3.4.10	Steuerfalle: Zahlung gegen Verzicht auf naheheilige Unterhaltszahlungen	511 253
3.5	Besonderheiten bei Leistungen von Gesellschaftern und Dritten an eine Kapitalgesellschaft (fiktive Schenkungen an (Mit-)Gesellschafter von Kapitalgesellschaften)	513 255
3.5.1	Leistungen eines Gesellschafters an die Kapitalgesellschaft	514 257
3.5.2	Leistungen Dritter an die Kapitalgesellschaft	521 261
3.5.3	Leistungen zwischen Kapitalgesellschaften	522 261
3.5.4	Bemessungsgrundlage für die steuerbaren Werterhöhungen, Steuertarif und Steuerentstehung (maßgeblicher Stichtag)	523 264
3.5.5	Leistungen der Kapitalgesellschaft an Gesellschafter und/oder Dritte	526 265
3.5.5.1	Allgemeines	526 265
3.5.5.2	Leistungen an Gesellschafter	527 266
3.5.5.3	Leistungen an Dritte	529 267
4	Der steuerpflichtige Erwerb (die Bereicherung) als Bemessungsgrundlage für die Erbschaft- und Schenkungsteuer	530 267
4.1	Begriff	530 267
4.2	Abziehbare Erwerbsnebenkosten und Nachlassverbindlichkeiten	535 270
4.2.1	Allgemeines	535 270
4.2.2	Abzugsfähige Erwerbsnebenkosten im Zusammenhang mit Schenkungen	536 272
4.2.2.1	Erwerbsnebenkosten	536 272
4.2.2.2	Steuer- und Rechtsberatungskosten in Angelegenheiten des Erblassers	537 274
4.2.2.3	Steuer- und Rechtsberatungskosten im Zusammenhang mit Schenkungen	538 274
4.2.3	Abzugsfähige Erblasserschulden beim Erwerb von Todes wegen	539 276
4.2.3.1	Steuerschulden	539 276
4.2.3.2	Pflegeleistungen	540 278
4.2.3.3	Rückzahlungsansprüche aus an den Erblasser gewährten Darlehen	541 280

		Rdn.	Seite
4.2.3.4	Schwebende Geschäfte	542	280
4.2.3.5	Aufschiebend bedingte Ansprüche oder Verbindlichkeiten des Erblassers	543	281
4.2.4	Abzugsfähige Erbfallschulden im Einzelnen	544	281
4.2.5	Erwerbsaufwendungen und Kosten für die Abwicklung und Verteilung des Nachlasses	545	282
4.2.6	Nicht abzugsfähige Schulden und Lasten	547	283
4.2.6.1	Allgemeines	547	283
4.2.6.2	Schulden und Lasten i.V. m. zu Wohnzwecken vermieteten Grundstücken	551	286
4.2.6.3	Schuldenabzug bei teilweise befreiten Vermögensgegenständen	552	286
4.2.6.4	Schuldenabzug in wirtschaftlichem Zusammenhang mit begünstigtem Betriebsvermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften	553	286
4.2.7	Schuldensaldierungsverbot bei der Zuwendung von Anteilen an vermögensverwaltenden Personengesellschaften nach § 10 Abs. 1 Satz 4 ErbStG	554	287
4.2.8	Exkurs: Vererblichkeit von Verlustvorträgen bei der Einkommensteuer	558	288
4.3	Sachliche Steuerbefreiungen	559	289
4.3.1	Steuerfreie Gegenstände	559	289
4.3.1.1	Hausrat und andere bewegliche Gegenstände	560	289
4.3.1.2	Grundbesitztümer, Kunstgegenstände und Sammlungen	562	290
4.3.1.3	Weitere steuerfreie Gegenstände oder Zuwendungen	566	291
4.3.2	Steuerfreie Übertragung von Grundvermögen	570	293
4.3.2.1	Lebzeitige Übertragung des Familienwohnheims unter Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern nach LPartG	570	293
4.3.2.2	Übertragung des Familienwohnheims unter Ehegatten/Lebenspartnern von Todes wegen	573	296
4.3.2.3	Steuerfreier Erwerb des Familienwohnheims durch die Kinder von Todes wegen	576	298

	Rdn.	Seite
4.3.3	Steuerbefreiungen für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke	579 300
4.3.4	Zusammenfassende Übersicht	580 303
4.3.5	Steuerbefreiung für Betriebsvermögen	581 303
4.3.5.1	Allgemeines	581 303
4.3.5.2	Verschonungsabschlag für das Betriebsvermögen (Regelverschonung)	584 307
4.3.5.3	Abzugsbetrag (gleitender)	588 310
4.3.5.4	Begünstigtes Betriebsvermögen und Verwaltungsvermögenstest	590 313
4.3.5.4.1	Allgemeines	591 314
4.3.5.4.2	Begünstigungsfähiges Betriebsvermögen	598 317
4.3.5.4.3	Nicht begünstigtes Verwaltungsvermögen im Betriebsvermögen (Verwaltungsvermögens- test)	606 322
4.3.5.5	Reinvestitionsregelung für nicht begünstigtes Betriebsvermögen (Investitionsklausel)	620 334
4.3.5.6	Besonderheiten für Altersversorgungsverpflichtungen	621 335
4.3.5.7	Ausschluss der Schuldensaldierung bei jungem Verwaltungs- und Finanzvermögen und Untergrenze für Nettowert des Verwaltungsvermögens	623 336
4.3.5.8	Bedingungen für die endgültige Gewährung der Steuerbefreiung für das begünstigte Betriebsvermögen (Lohnsumme und schädliche Vorgänge innerhalb der Behaltensfrist)	627 338
4.3.5.8.1	Allgemeines	627 338
4.3.5.8.2	Lohnsummenregelung	628 339
4.3.5.8.3	Beschäftigtenzahl und gestaffelte Lohnsummensätze	629 339
4.3.5.8.4	Nachversteuerung bei Verstoß gegen die Behaltensregelungen	651 358
4.3.5.8.5	Erklärung zur vollständigen Befreiung von Betriebsvermögen (100 %ige Optionsverschonung)	654 361

	Rdn.	Seite
4.3.5.9	Besonderheiten bei Großerwerben von begünstigtem Betriebsvermögen	657 363
4.3.5.9.1	Abschmelzmodell	657 363
4.3.5.9.2	Verschonungsbedarfsprüfung (Erlassmodell)	659 365
4.3.5.10	Zusammenfassende Übersicht	661 368
4.4	Persönliche Steuerfreibeträge	661 369
5	Die Steuerberechnung	663 372
5.1	Berechnungsschema/Übersicht	663 372
5.2	Steuertarif	664 373
5.2.1	Allgemeines	664 373
5.2.2	Steuerklassen	665 373
5.2.3	Steuersätze	673 378
5.2.4	Tarifbegrenzung beim Erwerb von steuerbegünstigtem Betriebsvermögen	677 379
5.3	Berücksichtigung früherer Erwerbe	681 382
5.3.1	Allgemeines	681 382
5.3.2	Wenn die Schenkungskette über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausreicht	687 387
5.3.3	Wenn während des Zehnjahreszeitraumes zuerst das Nutzungsrecht, dann die Substanz übertragen wird	689 388
6	Steuerfestsetzung und Erhebung	690 389
6.1	Die Rolle des Steuerschuldners	690 389
6.2	Besonderheiten beim Erwerb von Renten, Nutzungen und Leistungen	693 390
6.2.1	Allgemeines	693 390
6.2.2	Wann und für wen lohnt sich ein Antrag auf Jahresversteuerung?	694 391
6.2.3	Berechnung der Jahressteuer	697 392
6.2.4	Dauer und Fälligkeit der Jahresversteuerung	699 394
6.2.5	Ablösung der Jahressteuer	700 394
6.3	Wenn dasselbe Vermögen im Familienkreis mehrmals vererbt wird	702 395
6.4	Wenn der Schenker Verschenktes wieder zurückfordert oder Vermögensgegenstände von Todes wegen dem Schenker wieder zurückfallen	707 399
6.4.1	Allgemeines	707 399

	Rdn.	Seite
6.4.2 Die Rückfallklausel	711	400
6.5 Steuerstundung in Härtefällen	712	402
6.5.1 Steuerstundung für begünstigtes Betriebsvermögen	712	402
6.5.2 Zu Wohnzwecken vermietete und zu eigenen Wohnzwecken genutzte Grundstücke	713	403
Teil IV: DOPPELBELASTUNG MIT ERBSCHAFT- UND EINKOMMENSTEUER	731	405
Teil V: GESTALTUNGSTIPPS ZUR STEUEROPTIMIERUNG IM ERBFALL UND BEI SCHENKUNGEN		
1 Optimale Steuerplanung durch sachkundige Testamentsgestaltung	739	408
1.1 Allgemeines zum Testament als Instrument zur Regelung des Erbgangs	739	408
1.2 Beispiele einer steueroptimalen Testamentsgestaltung	744	409
1.2.1 Gezielte Festlegung von Erbquoten	744	409
1.2.2 Direkte Erbeinsetzung nachrangig Verwandter (Generation-Skipping)	746	412
1.2.3 Bewertungsvorteile schaffen mit testamentarischen Vermächtnisanordnungen	750	414
2 Gestaltungen unter Ehegatten	751	414
2.1 Güterstandsschaukel	751	414
2.2 Familienheimschaukel	752	415
2.3 Die Entschärfung von Steuernachteilen beim Berliner Testament	753	416
2.3.1 Die erbschaftsteuerliche Problematik auf einen Blick	753	416
2.3.2 Gestaltungsmöglichkeiten beim bestehenden Berliner Testament	754	416
2.3.2.1 Ausschlagung der Erbschaft durch den überlebenden Ehegatten	754	416
2.3.2.2 Ein Steuertrick: Die Ausschlagung durch die Schlusserben im Namen des überlebenden Ehegatten	755	418

	Rdn.	Seite
2.3.2.3	Geltendmachung von Pflichtteilsansprüchen in Absprache mit dem überlebenden Ehegatten	757 419
2.3.3	Gestaltungsmöglichkeiten bei der Konzipierung eines Berliner Testaments	758 420
2.3.3.1	Zugewinnngemeinschaft vereinbaren	758 420
2.3.3.2	Geldvermächtnisse auf den Tod des erstversterbenden Ehegatten	759 420
2.3.3.3	Geldvermächtnisse mit auf den Tod des überlebenden Ehegatten hinausgeschobener Erfüllung	760 420
2.3.3.4	Geldvermächtnisse mit zu einem fest bestimmten Zeitpunkt hinausgeschobener Erfüllung	763 421
2.3.3.5	Aussetzung von aufschiebend bedingten oder befristeten Geldvermächtnissen	765 422
2.3.4	Alternativen zum Berliner Testament	766 423
2.3.4.1	Barvermächtnis mit Rentenoption	766 423
2.3.4.2	Württembergisches Modell	768 424
3	Die Bestimmung des optimalen Erwerbanfalls- und Besteuerungszeitpunktes	773 426
3.1	Ersatzerwerbe (Surrogaterwerbe)	773 426
3.2	Warum Verlobte mit größeren Geschenken bis nach der Hochzeit warten sollten	775 427
3.3	Steuerschonende Gestaltungen mit der Erbausschlagung	776 428
4	Erbschaftsverträge unter Geschwistern	782 431
5	Optimierung der persönlichen Freibeträge zwischen Eltern und Kindern	783 432
6	Steuereffiziente Gestaltungen mit dem Nießbrauch	784 434
6.1	Allgemeines	784 434
6.2	Nießbrauch oder Versorgungsrente?	788 435
6.3	Der Nießbrauch unter Ehegatten	795 440
6.4	Der Nießbrauch im Vergleich zur Vor- und Nacherbschaft	797 441
6.5	Die Ausschlagung gegen Nießbrauchsabfindung	800 442
6.6	Wenn der Nießbraucher Erbe wird	801 444
6.7	Der Nießbrauch zur Steueroptimierung beim Generation-Skipping	803 445

	Rdn.	Seite
7 Besteuerung von und Gestaltungsmöglichkeiten mit Kapital- und Rentenlebensversicherungen	804	447
7.1 Zuwendungen aus Kapital- und Rentenlebensversicherungen zu Lebzeiten des Versicherungsnehmers	805	448
7.2 Erwerbe aus Kapital- und Rentenlebensversicherungen von Todes wegen	809	451
7.3 Verbundene Lebensversicherungen (unter Ehegatten)	811	454
7.4 Abschluss einer Lebensversicherung auf das Leben des Ehegatten	812	455
7.5 Abschluss einer Lebensversicherung auf das Leben des anderen Geschäftspartners	813	456
7.6 Prämien-schenkung	814	458
7.7 Steueroptimierte Vermögensübertragung mit sofort fälligen Rentenlebensversicherungen	815	459
7.8 Wichtig bei hohen Altersunterschieden: Der Versicherungsnehmerwechsel	816	461
7.9 Gestaltungsmöglichkeiten im unternehmerischen Bereich	817	462
8 Vermeidung der Schenkungsteuer auf Werterhöhungen von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	818	463
8.1 Leistung unter Vereinbarung einer Gegenleistung der Kapitalgesellschaft	818	463
8.2 Forderungsverzicht durch Umwandlung von Verbindlichkeiten in Eigenkapital	819	464
8.3 Verzicht auf Darlehenszinsen, statt auf Darlehen selbst	820	465
8.4 Geringe Wertabweichungen	821	465
8.5 Dokumentation der Leistungsvorgänge	822	466
9 Steuerersparnisse durch Kettenschenkungen	823	466
9.1 Allgemeines	823	466
9.2 Wie sich mit Kettenschenkungen legal Steuern sparen lassen	824	466
10 Steuerstrategien mit mittelbaren Schenkungen	827	468
10.1 Begriff	827	468
10.2 Wann zweckgebundenes Schenken Steuervorteile bringt	829	469
10.3 Hinweise für die Schenkung von zu Wohnzwecken vermieteten Grundstücken	830	470
11 Steuereffiziente Übertragung familiengeführter Unternehmen	843	475
11.1 Allgemeines	843	475

	Rdn.	Seite
11.2 Der Vorwegabschlag	844	476
11.2.1 Allgemeines	844	476
11.2.2 Höhe des Vorwegabschlags	845	478
11.2.3 Voraussetzungen, Nachweis und zeitliche Bindungsfrist	846	478
12 Steuerstrategien bei der Schenkung von Kapitalgesellschaftsanteilen	847	481
13 Gestaltungsmöglichkeiten mit der vermögensverwaltenden Familiengesellschaft (Familienpool)	848	482
13.1 Allgemeines	848	482
13.2 Der Familienpool unter erbrechtlichen Aspekten	851	484
13.2.1 Problemstellung	851	484
13.2.2 Problemlösung mit dem Familienpool	857	485
13.3 Vermögenssicherung des Übergebers durch Nießbrauchsbestellung an Poolvermögen und/oder am Gesellschaftsanteil (Vorbehalts-/Vollrechts-/Doppelnießbrauch)	866	488
13.4 Der „Afa-Step-Up“ mit dem gewerblich geprägten Familienpool	868	489
13.4.1 Allgemeines	868	489
13.4.2 Gestaltungsmöglichkeiten mit gewerblich geprägten Familienpools (Firmenmäntel)	870	490
13.5 Zusammenfassende Übersicht: Vorteile der vermögensverwaltenden Familiengesellschaft auf einen Blick	874	491
14 Wahlrecht des Nacherben in internationalen Erbfällen gezielt einsetzen	875	492
15 Warum der Schenker die Schenkungsteuer übernehmen sollte	877	493
15.1 Allgemeines	877	493
15.2 Vermächtnis mit Steuerübernahmeklausel	880	496
16 Der steueroptimale Schenkungsvertrag: Auflagen, Schulden und Lasten im Zusammenhang mit ganz oder teilweise steuerbefreitem Vermögen	881	497

Teil VI: GESAMTSTEUEROPTIMALE VERMÖGENSÜBERTRAGUNG

1	Mit der Gesamtsteuerplanung auf der Suche nach dem Steueroptimum	901	500
2	Übertragung von Riester geförderten selbst genutzten Immobilien	904	501
3	Einkommensteuerliche Behandlung der Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	907	502
3.1	Rechtsinstitut der „Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen“	908	503
3.2	Die Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen nach dem vierten Rentenerlass	911	505
3.2.1	Allgemeines	911	505
3.2.2	Gegenstand der Vermögensübergabe	912	505
3.2.2.1	Allgemeines	912	505
3.2.2.2	Betriebsverpachtung	915	506
3.2.2.3	Ausländisches Betriebsvermögen	916	507
3.2.2.4	Anderes Vermögen und Entgeltlichkeit	917	507
3.2.3	Kriterien für eine sonderausgabenabzugsfähige Versorgungsleistung	920	508
3.2.4	Missbrauchsklausel	921	508
3.2.5	Übertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	922	509
3.2.6	Voraussetzung des ausreichenden Ertrages der Wirtschaftseinheit	923	509
3.2.6.1	Allgemeines	923	509
3.2.6.2	Ertragsprognose	924	510
3.2.7	Anforderungen an den Übertragungsvertrag	925	511
3.2.8	Nachträgliche Änderungen – neues Versorgungskonzept	926	512
3.2.9	Vermögensumschichtungen	927	512
3.3	Korrespondenzprinzip	929	514
4	Immobilienübertragungen im Rahmen des „Stuttgarter Modells“	930	514
5	Steueroptimale Übertragung von Kunst- und Sammlerobjekten	942	519
6	Ertragsteuerliche Aspekte bei der Nießbrauchsbestellung unter Ehegatten	943	520

Teil VII: GRUNDZÜGE DER STEUEROPTIMALEN UNTERNEHMENSNACHFOLGEPLANUNG

1	Das Unternehmertestament	951	522
1.1	Allgemeines	951	522
1.2	Unternehmertestament und Gesellschaftsvertrag	957	524
2	Finanzbedarfsplanung für die Unternehmensnachfolge	958	524
3	Der Gesellschaftsanteil als Gegenstand einer Schenkung	961	525
3.1	Allgemeines	961	525
3.2	Wenn der Gesellschaftsvertrag eine Buchwertklausel vorsieht	964	527
3.3	Schenkung durch Ausscheiden eines Gesellschafters und Übernahme des Geschäftsanteils durch die übrigen Gesellschafter (fiktiver Anteilserwerb)	972	529
3.4	Die Gewinnübermaßschenkung	977	531
3.5	Vermeidung eines Paketzuschlages bei Gesellschaftsanteilen	980	533
4	Steuerbegünstigung für Anteile an Kapitalgesellschaften mittels Poolvereinbarung (Poolvertrag)	981	534
4.1	Allgemeines	981	534
4.2	Abschluss einer Poolvereinbarung (Poolvertrag) – speziell für Familienunternehmer!	982	534
4.3	Alternativen zur Poolvereinbarung (Poolvertrag)	986	537
5	Getrennte Übertragung von steuerbegünstigtem Betriebsvermögen	987	537
6	Unternehmensnachfolgeplanung mit typisch/atypisch stillen Beteiligungen	990	539

Teil VIII: SCHENKUNGSTEUERLICHE KONSEQUENZEN IN VERBINDUNG MIT DER AUFLÖSUNG EINES VERMÖGENSTRUSTS

1	Vorbemerkung	1051	541
2	Trusterrichtung: Rechtslage vor dem 4. 3. 1999	1052	541
3	Trusterrichtung: Rechtslage nach dem 4. 3. 1999	1053	542
4	Auflösung von Vermögenstrusts – die häufigsten Beweggründe	1054	542

	Rdn.	Seite
5 Schenkungsteuerpflicht der ursprünglichen Vermögensübertragung auf einen Trust	1057	544
5.1 Irrevocable Discretionary Trusts (unwiderruflicher Ermessenstrust)	1057	544
5.2 Revocable Trust (widerruflicher Trust)	1058	544
6 Besteuerung zwischenzeitlicher Ausschüttungen und Vermögensauskehrungen während des Bestehens eines Trusts	1059	546
7 Auflösung des Trusts und Auskehrung des Trustvermögens	1062	547
7.1 Irrevocable Trust	1062	547
7.2 Revocable Trust	1063	547
8 Exkurs: Behandlung von Vermögenstrusts im deutschen Ertragsteuerrecht	1065	549
8.1 Allgemeines	1065	549
8.2 Zurechnungs-(Durchgriffs-)Besteuerung bei Trusts	1066	549
8.2.1 Zurechnung von Trustvermögen/Einkommen auf den Trustrichter nach § 39 AO	1066	549
8.2.2 Zurechnung von Trustvermögen/Einkommen auf Trustbeteiligte nach AStG	1067	551
8.3 Die steuerliche Schlüsselrolle des Letter of Wishes bei deutschen Trustrichtern	1070	552
8.4 Trustausschüttungen als steuerpflichtige wiederkehrende Bezüge i. S. des § 22 Nr. 1 EStG	1072	553

Teil IX: GRENZÜBERSCHREITENDE VERMÖGENSÜBERTRAGUNG

1 Allgemeines	1101	554
2 Erwerb von Inlandsvermögen durch Erwerber mit ausländischem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt	1104	556
2.1 Inlandsvermögen, Rechtsgrundlage, Übersicht	1104	556
2.2 Inlandsvermögen, Erläuterungen	1105	557
2.3 Erweitertes Inlandsvermögen bei erweitert beschränkter Steuerpflicht	1108	558
2.4 Besondere Regelung der persönlichen Freibeträge bei beschränkter Steuerpflicht	1111	560
3 Grenzüberschreitende Vermögensübertragungen Deutschland – Österreich	1115	561
3.1 Allgemeines	1115	561

	Rdn.	Seite
3.2 Steuerpflicht für Vermögensübertragungen von und nach Österreich	1116	563
3.2.1 Steuerpflicht „haftet“ auch bei Vermögensempfänger (Erwerber)	1116	563
3.2.2 Steuerfalle: Ferienwohnung eines Österreichers in Deutschland	1117	563
3.2.3 Steuerpflicht österreichischer Erwerber für deutsches Inlandsvermögen	1118	564

Teil X: KANN AUS STEUERLICHER SICHT MIT EINER STIFTUNG DER ERHALT VON VERMÖGEN ÜBER GENERATIONEN HINAUS VERWIRKLICHT WERDEN?

1 Die Stiftung als maßgeschneiderte Wunscherbin	1154	566
1.1 Rechtscharakter der Stiftung und Stiftungserrichtung	1154	566
1.1.1 Allgemeines	1154	566
1.1.2 Stiftungsarten	1155	566
1.1.2.1 Die Familienstiftung	1155	566
1.1.2.2 Die Unternehmensstiftung	1157	567
1.1.2.3 Die Doppelstiftung	1158	569
1.1.2.4 Gemeinnützige Stiftungen	1159	569
1.2 Stiftungserrichtung	1160	570
1.3 Wer benötigt eine Stiftung als Wunscherbin?	1162	571
2 Die Besteuerung von Familien- und Unternehmensstiftungen	1163	572
2.1 Allgemeines	1163	572
2.2 Besteuerung der Stiftungserrichtung	1165	573
2.3 Besteuerung der Stiftungsauflösung	1170	575
2.4 Zustiftungen	1172	577
2.5 Laufende Ersatzerbschaftsbesteuerung der Familienstiftung während des Bestehens	1173	577
2.6 Steuererlass bei Übertragung von begünstigtem Betriebsvermögen auf eine Familienstiftung	1178	579
3 Gemeinnützige Stiftungen	1182	580
3.1 Die Gemeinnützigkeit	1182	580
3.2 Die Steuervorteile im Überblick	1190	584
3.3 Die Steuervorteile im Einzelnen	1191	585
3.3.1 Erbschaft- und schenkungsteuerfreie Vermögensübertragung	1191	585

	Rdn.	Seite
3.3.2 Bei Übertragung von Betriebsvermögen können stille Reserven unsteuert in die Stiftung überführt werden	1192	586
3.3.3 Absetzbarkeit der Zuwendungen als Spende	1193	586
3.3.4 Nachversteuerung bei Auflösung, Satzungsänderungen und rückwirkender Aberkennung der Gemeinnützigkeit	1194	587
4 Gemeinnützige nichtrechtsfähige Stiftungen (Treuhandsiftungen) – Gestaltungstipps zur optimalen Vermögensübertragung	1195	587
4.1 Allgemeines	1195	587
4.2 Besonderheiten bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer	1197	589
4.3 Einbringung eigener Vermögensgegenstände als sonderausgabenabzugsfähige Spende	1199	590
4.4 Ein Beispielfall	1201	592
4.5 Einbringung bereits geerbter und versteuerter Vermögensgegenstände in eine nicht rechtsfähige gemeinnützige (Unter-)Stiftung durch die Erben	1202	593
5 Zusammenfassende Übersicht	1203	593

Anhang

1. Punktesystem für die Berechnung fiktiver Baujahre bei umfassender Modernisierung (R B 190.7 ErbStR 2011)	595
2. Vervielfältiger für die Abzinsung einer unverzinslichen Forderung oder Schuld, die nach bestimmter Zeit in einem Betrag fällig ist, im Nennwert von 1 €	597
3. Kapitalwert einer wiederkehrenden, zeitlich beschränkten Nutzung oder Leistung im Jahresbetrag von 1 € (entspricht Anlage 9a zum BewG)	598
4. Tabelle zur Berechnung der Barwerte der Zinsdifferenzen für hoch- und niedrigverzinsliche Kapitalforderungen und Schulden mit Ratentilgung	599
5. Bewertung einer lebenslänglichen Nutzung oder Leistung; Vervielfältiger für Bewertungsstichtage ab 1. Januar 2017 (BMF vom 4. 11. 2016, BStBl 2016 I S. 1166)	600

	Rdn.	Seite
6. Anlage 23 zu § 187 Abs. 2 Satz 2 BewG		603
7. Anlage 21 zu § 185 Abs. 3 Satz 1, § 193 Abs. 3 Satz 2, § 194 Abs. 3 Satz 3 und § 195 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 3 BewG		604
8. Anlage 24 (zu § 190 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 3)		607
9. Anlage 25 zu § 191 Abs. 2 BewG		625
10. Anlage 22 zu § 185 Abs. 3 Satz 3, § 190 Abs. 4 Satz 2 BewG		626
11. Anlage 26 zu § 194 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 sowie § 195 Abs. 3 Satz 2 BewG		627
Stichwortverzeichnis		631